

Protokollauszug

aus der

12. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen
vom 30.09.2020

öffentlich

**Top 4.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 2: Hundesteuer in Potsdam erhöhen
20/SVV/0031
abgelehnt**

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Frau Kluge, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern, führte mit Hilfe einer kurzen Präsentation (Anlage) in die Thematik ein und gab einen weiterführenden Überblick zu den Kosten. Es erfolgte ein Benchmark der Erträge der Hundesteuer der Landeshauptstadt Potsdam mit anderen Kommunen. In der sich anschließenden Diskussion unterbreitete Herr Dörschel, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den Vorschlag, den zweiten Satz zu streichen, da diese Handhabung (Steuerfreiheit für kleine Hunde) für Potsdam nicht relevant ist. Zudem diskutierten die Ausschussmitglieder, ob nicht eine Steigerung in Höhe des Inflationswerts seit 2013 zu prüfen sei. Herr Berlin, Fraktion-Die Linke, betonte hingegen, dass auch die soziale Funktion der Tiere zu beachten und das eigentliche Anliegen der Bürgerinnen und Bürger (mehr Sauberkeit in der Stadt) nicht mit einer Erhöhung der Hundesteuer zu erzielen sei.

Nach weiteren Diskussion stellt Herr Dörschel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag die nachfolgende Formulierung: „Die Hundesteuer wird in der Größenordnung des Inflationsausgleichs seit 2013 erhöht.“ abzustimmen. Herr Dr. Wegewitz stellt diese Formulierung zur Abstimmung. Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen lehnen diese mit 4 ja-Stimmen und 5 nein-Stimmen, bei keiner Enthaltung ab.

Im Anschluss stellt Herr Dr. Wegewitz den Vorschlag des Bürgerhaushaltes 2020/21 „Nummer 2: Hundesteuer in Potsdam erhöhen“ zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Hundesteuer wird erhöht. Steuerfreiheit für kleine Hunde wird abgeschafft.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	6
Stimmenthaltung:	1

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen empfehlen mehrheitlich der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Drucksache 20/SVV/0031.